

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Katharina Schulze

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Alexander König

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Bernhard Pohl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Aus den Fehlern des GBW-Deals des Finanzministers lernen! Bayerische Verfassung ernst nehmen! Jeder muss sich ein Dach über dem Kopf leisten können!"

Die Regeln der Aktuellen Stunde sind bekannt. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. – Als erste Rednerin rufe ich die Frau Kollegin Kohnen von der SPD auf. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über Heimat. Heimat ist etwas sehr Persönliches. Für manche ist Heimat der Ort, an dem sie geboren sind. Für andere ist es der Ort, an dem sie Arbeit gefunden haben, an dem sie Schutz gefunden haben, an dem sie sich etwas aufgebaut haben. Aber eines gehört für uns alle zu unserer Vorstellung von Heimat: ein Dach über dem Kopf. Heimat heißt, dort leben zu können, wo man das möchte. Wer sich sein Dach über dem Kopf nicht mehr leisten kann, wer aus seinem Stadtviertel vertrieben wird, weil er bei den Mieten nicht mehr mithalten kann, der verliert seine Heimat.

(Beifall bei der SPD)

Jeder in unserem Land muss sich sein Dach über dem Kopf leisten können. Das gilt auch in Würzburg, in Regensburg, in Aschaffenburg oder in München. Das ist nicht nur eine Forderung der SPD; das steht in der Bayerischen Verfassung. Ich zitiere: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung." Wohnen ist also ein Grundrecht. Die Väter und Mütter unserer Bayerischen Verfassung haben auch festgelegt, wer dafür zu sorgen hat, dass jeder ein Dach über dem Kopf hat. In Artikel 106 steht geschrieben: "Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden." Viele Gemeinden in Bayern kommen die-

ser Verpflichtung nach. Wenn also in Bayern Wohnungen fehlen und der Freistaat nicht baut, dann verstößt die Staatsregierung gegen die Bayerische Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Verstoß gegen die Verfassung ist Realität. Von 100 Wohnungen, die bei uns in Bayern gebaut werden, sind nur drei oder vier Sozialwohnungen. Nach dem Krieg war es jede zweite Wohnung. Der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern hat sich seit 1999 halbiert. Die Landesmittel für den geförderten Wohnungsbau sind auf einem historischen Tiefstand angekommen. Beim Wohnungsbau in Bayern regieren schlichtweg die Kräfte des freien Marktes. Es gibt durchaus einen Teil der Bevölkerung, für den das gut funktioniert; aber das sind die obersten 10 %. Sie können sich die Wohnungen auf Höchstpreisniveau leisten, die auf dem freien Markt im Moment gebaut werden. Die große Mehrheit kann nicht mithalten.

Diese Entwicklung zeichnete sich schon vor Jahren, wenn nicht schon vor Jahrzehnten ab. Deshalb haben wir auch bereits vor Jahren eine staatliche Wohnbaugesellschaft gefordert, damit der Freistaat gemeinsam mit den Kommunen und dem Bund den Wohnungsbau ankurbelt und sich der krassen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt entgegenstellt.

(Beifall bei der SPD)

Denn klar ist: Nur wer Wohnraum schafft, bekommt die Wohnungsnot in den Griff. In dieser dramatischen Entwicklung des Wohnungsmarktes hat die Staatsregierung 2013 wohl die größte Fehlentscheidung der letzten Jahrzehnte getroffen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Ja-wohl!)

Die BayernLB musste damals, nach der Finanzkrise, die Wohnbaugesellschaft GBW veräußern. Es ging um die Zukunft von 85.000 Mieterinnen und Mietern in

33.000 Wohnungen. Der Freistaat Bayern hätte diese Wohnungen kaufen können. –
Der Freistaat Bayern hätte diese 33.000 Wohnungen kaufen müssen!

(Widerspruch bei der CSU)

– Doch!

(Beifall bei der SPD)

Das wäre unter sozialen Gesichtspunkten richtig gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

– Ruhig Blut, Herr Weidenbusch, sonst kriegen Sie noch einen Herzkasper. – Das wäre unter sozialen Gesichtspunkten richtig gewesen; denn es hätte bezahlbare Mieten für 85.000 Menschen bedeutet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Lieber Herr Weidenbusch, das wäre auch ökonomisch das Richtige gewesen; denn der Wert dieser Wohnungen ist seither gestiegen, und ein hohes Nachverdichtungspotenzial existiert. Die GBW-Wohnungen wären auch der Grundstock für eine staatliche Wohnbaugesellschaft gewesen. Das war unser Ziel.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Die Staatsregierung wäre dem Auftrag der Bayerischen Verfassung gerecht geworden. Aber der Finanzminister hat es abgelehnt, die GBW-Wohnungen zu erwerben. Und jetzt kommt es: Er hat dabei die Mieterinnen und Mieter belogen. Er hat dabei die bayerische Öffentlichkeit belogen,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Gar nicht wahr!)

indem er behauptet hat, der Freistaat dürfe die Wohnungen nicht kaufen. Er hat damals die Europäische Union vorgeschoben, und das war erwiesenermaßen die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Und jetzt zu dem Zwischenruf: Der Finanzminister hat es auch abgelehnt, die Wohnungen an die Kommunen zu verkaufen. Ein Zusammenschluss von Kommunen wäre nämlich bereit gewesen zu kaufen. Damit wären die Wohnungen in öffentlicher Hand und die Mieterinnen und Mieter geschützt geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stattdessen hat der Finanzminister die Wohnungen verscherbelt, und zwar fürs höchste Gebot. Es war ihm schlichtweg wurscht, wer die Wohnungen bekommt und was mit den Mieterinnen und Mietern passiert.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ging der Zuschlag an ein steuerrechtlich undurchsichtiges Konsortium unter der Führung des Immobilienunternehmens PATRIZIA. Bis heute weiß niemand, wer hinter dem Käuferkonsortium steckt. Seinen Sitz hat es wohl immerhin in Luxemburg versteckt. Der Finanzminister ist schlichtweg seiner Sorgfaltspflicht damals nicht nachgekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Das holt ihn heute ein.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Nach wie vor stehen viele Fragen im Raum, und neue sind hinzugekommen. Die Antworten fehlen bisher. Es gibt aus heutiger Sicht zwei Möglichkeiten: Entweder antwor-

ten Sie, Herr Finanzminister, oder wir müssen gemeinsam den Fall untersuchen; sonst bleibt ja wohl nichts übrig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Wir stehen darüber hinaus heute vor einer grotesken Situation: Derselbe Finanzminister, der 2013 die Wohnungen verscherbelt hat, will jetzt, fünf Jahre später, eine staatliche Wohnbaugesellschaft gründen. Ich sage Ihnen eines: Das ist aus zwei Gründen grotesk. Wer 33.000 Wohnungen verscherbelt und dann angeblich 4.000 neue bauen will,

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

dessen Saldo beläuft sich immer noch auf ein Minus von 29.000 Wohnungen. Das ist so.

(Beifall bei der SPD)

Wer 4.000 Wohnungen bauen will, muss sich eines bewusst machen: In Bayern gibt es 2.056 Kommunen. Also sollen wohl in jeder Stadt und in jedem Dorf zwei Wohnungen entstehen. Da hat jemand offensichtlich das Problem der Wohnungsnot noch nicht wirklich verstanden.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Keine Ahnung!)

Für mich lautet die in die Zukunft gerichtete Frage: Wie kann die Staatsregierung diesen Kapitalfehler, den sie mit dem Verkauf dieser Wohnungen begangen hat, korrigieren? Wie schaffen wir den nötigen bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in Bayern? Der Freistaat könnte sich natürlich bemühen und versuchen, die GBW-Wohnungen zurückzukaufen. Das ist aber nach den Preissteigerungen der letzten Jahre kaum bezahlbar. Das zeigt noch einmal, wie groß der Fehler 2013 war.

Es gibt also nur eine Lösung, und die heißt: Wir müssen jetzt endlich bauen, bauen und noch mal bauen.

(Beifall bei der SPD)

Jede geeignete staatliche Fläche muss dem geförderten Wohnungsbau zugeführt werden. Ein Überblick über diese Flächen muss hergestellt werden. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Wie viele Landesmittel müssen in den Haushalt eingestellt werden? – 350 Millionen Euro jährlich sind absolut vertretbar; denn der Wertzuwachs durch geförderten Wohnungsbau rechtfertigt diese politische Zielsetzung. Man muss es nur wollen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir brauchen schnell eine leistungsfähige Wohnbaugesellschaft mit guter Kapitalausstattung. Ziel dieser Wohnbaugesellschaft muss der Bau von mindestens 25.000 Wohnungen in fünf Jahren sein.

Zum Abschluss sage ich Ihnen eines: Die bezahlbare Miete, das Dach über dem Kopf, das ist Heimat. Der sogenannte Heimatsminister hat die Heimat von 85.000 Bayerinnen und Bayern 2013 verscherbelt. Wir kämpfen dafür, dass die Heimat der Menschen in Bayern erhalten wird, und wollen ihnen eine neue Heimat geben. Das muss doch das Ziel sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo! – Peter Winter (CSU): Die "Neue Heimat" hatten wir schon mal!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Herrmann von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift, die Sie für die heutige Aktuelle Stunde gewählt haben, kommt hochtra-

bend daher. Man hätte eigentlich eine ganze Reihe von interessanten Konzepten erwartet, wie Sie das wichtige Thema Wohnungsbau in Bayern angehen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben das Konzept: Verhöckern von 33.000 Wohnungen!)

Aber, Frau Kohnen, man muss ganz klar sagen: Sie sind wirklich so leicht zu lesen wie ein Kinderbuch. Es war völlig klar, worum es in Ihrer Rede gehen wird: nämlich um alte Kamellen aus dem Jahr 2012.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wohnungsbau ist ein zentrales und wichtiges Thema, auch für die CSU-Landtagsfraktion.

(Lachen bei der SPD)

Sie von der SPD hingegen – Frau Kohnen, Sie haben es durch Ihren Redebeitrag heute wieder bewiesen – verbreiten bei dem Thema Verkauf der GBW-Wohnungen seit fünf Jahren die Unwahrheit. Das haben Sie heute fortgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kohnen, Sie hantieren gegenüber dem bayerischen Finanzminister sehr leichtfertig mit dem Begriff "Lüge". Diesen Vorwurf kann man an Sie nur zurückgeben.

(Beifall bei der CSU)

Heute wird deutlich, wofür die Immunität für Reden hier im Bayerischen Landtag geeignet ist, nämlich genau für derartige Grenzüberschreitungen hin zu übler Nachrede und bewusster Verzerrung der Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Diese Aktuelle Stunde bietet daher einen guten Anlass, wieder einmal deutlich zu machen, worum es wirklich geht, und die tatsächlichen Fakten im Zusammenhang mit den GBW-Wohnungen darzustellen:

Erstens. Nicht der Freistaat Bayern, sondern die Bayerische Landesbank hat die GBW-Gruppe verkauft.

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Und wem gehört die Landesbank?)

Die BayernLB musste sich im Zusammenhang mit dem Beihilfeverfahren der EU-Kommission verpflichten, ihre Bilanzsumme um rund 50 % zu reduzieren, und zwar durch eine Reihe von Maßnahmen, vor allem durch die Konzentration auf ihr Kerngeschäft. Zu diesem gehört bei Banken nicht das Halten von Wohnungsunternehmen. Deshalb erging die klare Entscheidung der EU-Kommission vom 5. Februar 2013 – nicht die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung –, dass bestmöglicher und vollständiger Verkauf der GBW erforderlich und verpflichtend sei.

(Inge Aures (SPD): Das stimmt so nicht!)

Das war übrigens keine bayerische Besonderheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auch die Landesbank Baden-Württemberg musste im Jahr 2012 unter Ministerpräsident Kretschmann – und SPD-Finanzminister Nils Schmid! –

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Na da schau her!)

ihre Wohnungsbaugesellschaft ebenfalls aufgrund der Auflage der EU-Kommission verkaufen. Es war also kein Fehler des bayerischen Finanzministers, wie Sie es verzerrend darstellen, sondern aufgrund der Auflagen der EU-Kommission zwingend erforderlich.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): An wen ist die Frage? – Thomas Kreuzer (CSU): An die PATRIZIA, Herr Kollege!)

Zweitens. Der Verkauf musste diskriminierungsfrei in einem Bieterverfahren erfolgen. Das bedeutet, dass der Verkauf an den Bieter erfolgen musste, der wirtschaftlich in jeder Hinsicht das beste Angebot abgab. Das war eben das Angebot der PATRIZIA.

(Zuruf von der CSU: So ist es!)

Der Abstand zum nächsthöheren Gebot – es war das des kommunalen Konsortiums München – betrug 200 Millionen bis 300 Millionen Euro. Der Vorstoß – übrigens der CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat! –, das Angebot nachzubessern, wurde von der SPD abgeschmettert.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der CSU: Schauen Sie im Stadtratsprotokoll nach!)

Die Staatsregierung hat sowohl überlegt als auch sich darum bemüht, einen Exklusivverkauf an ein kommunales Konsortium zu erreichen, was auf europäischer Ebene leider nicht möglich war.

(Florian von Brunn (SPD): Glauben Sie eigentlich selbst, was Sie da erzählen?)

Ebenso gab es die Überlegung, dass der Freistaat die Wohnungen selbst übernimmt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dies hätte aber ebenfalls erhebliche Schwierigkeiten und – logischerweise – ein neues Beihilfeverfahren ausgelöst.

Zum Vergleich: Auch die Landesbank Baden-Württemberg musste ihren Wohnungsbestand verkaufen. 21.000 Wohnungen wurden – unter der grün-roten Landesregierung! – für 1,4 Milliarden Euro ebenfalls an die PATRIZIA veräußert. Der Abstand zu dem

Gebot des kommunalen Konsortiums dort lag bei 30 Millionen Euro, also nur bei einem Zehntel des Abstands hier in Bayern. Urteilen Sie nicht vorschnell!

Ich komme zum letzten Punkt, der aber auch sehr wichtig ist. Dieser betrifft die Fragen: Wie ist es um die Mietverträge bestellt? Wie ist es um die Mieter bestellt? – Dazu nur in aller Kürze: Die Wohnungen sind natürlich nach wie vor vorhanden. Die Mieter sind deutlich besser geschützt als jeder andere Mieter auf dem freien Mietmarkt, übrigens auch deutlich besser als die Mieter in den entsprechenden Wohnungen in Baden-Württemberg. Es gilt das soziale Mietrecht.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie schon einmal mit einem dieser Mieter gesprochen?)

Und es gilt die Sozialcharta, die von der Bayerischen Staatsregierung ausgehandelt und zur Grundlage des gesamten Vertrages gemacht wurde. Das sind die echten Fakten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich schlage vor, dass Sie sich künftig an die echten Fakten halten, bevor Sie insgesamt über Wohnungsbau in Bayern sprechen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Prof. Dr. Piazzolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschichte des sogenannten GBW-Deals erinnert mich ein bisschen an die Brüder Grimm, konkret an die Geschichte von "Hans im Glück"; in diesem Fall müsste sie heißen: "Markus im Unglück". Er hatte einen Goldklumpen in der Hand, 33.000 Wohnungen. Er hat sie

verkauft, an die PATRIZIA. In der Geschichte hat Hans am Schluss einen Feldstein in der Hand. Der heutige Finanzminister hat zwar ein bisschen Geld, aber keine Wohnungen.

(Ingrid Heckner (CSU): So ein Schmarrn! Die Wohnungen sind doch da!)

Interessant ist – ich habe es nachgelesen –, was die motivationstheoretische Interpretation aus der Managementtheorie zu diesem Märchen aussagt: Wer so handelt, ist ein eigennütziger Hedonist und Glücksökonom. Glücksökonom – das passt recht gut zu diesem Deal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Es war – das ist schon gesagt worden – ein politischer Fehler par excellence, 33.000 Wohnungen, die hauptsächlich von sozial schwächeren Menschen, Familien mit Kindern und älteren Menschen bewohnt werden, zu verkaufen, und das ohne Not.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Es gibt doch die Sozialcharta!)

– Ich komme gleich zur Sozialcharta. – Ich habe es nachgeprüft: Im November 2013 äußerte die Generaldirektion Wettbewerb, dass der Verkauf der GBW-Anteile nicht von der EU-Kommission verlangt worden sei.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Dies wurde bestätigt vom damaligen Finanz – –

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt nicht! Wo haben Sie denn dieses Zitat her? Nennen Sie die Quelle!)

– Bitte ein bisschen Ruhe! – Vom damaligen Finanzstaatssekretär Hintersberger wurde das bestätigt, sehr geehrter Herr Weidenbusch.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Nein!)

– Doch, so ist es. Beruhigen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Es kam zum Verkauf an die PATRIZIA, von der man schon wusste, wie sie mit Wohnungen umgeht. Vereinbart wurde eine sogenannte Sozialcharta XXL. Heute wissen wir, was passiert. Herr Dr. Herrmann, gehen Sie zum Ackermannbogen in Schwabing, gehen Sie nach Pasing, nach Untergiesing, nach Neuperlach, und sprechen Sie mit den dortigen Mietern! Dann werden Sie hören, was wirklich Sache ist, lieber Herr Dr. Herrmann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Und nun? Eine typisch Söder'sche Wendung! Auch das ist schon angesprochen worden: Geplant ist die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft. Bis 2020 sollen für Bezieher geringer und mittlerer Einkommen 2.000 Wohnungen – oder 4.000, je nachdem – entstehen. Angesichts dessen erinnere ich mich an einen früheren Ministerpräsidenten, der in seiner Nürnberger Schnellsprechart häufig von sich als "Ministerpräsident" gesprochen hat. Herr Staatsminister, Sie sind hier der Herr, der gibt. Sie sind im Grunde genommen ein wandelndes Ministerpräsident. Sie wollen über das Land ziehen und irgendwelche Geschenke verteilen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Thema verfehlt!)

Aber es bleibt dabei – auch das ist schon angesprochen worden –: 33.000 Wohnungen zu verkaufen und jetzt in einem Zeitraum von fünf Jahren 2.000 bauen zu wollen, das ist wirklich ein Schildbürgerstreich par excellence. Das ist wirklich keine gute Bewerbung um das Amt des Ministerpräsidenten; das sage ich sehr deutlich. Wenn Herr Seehofer gerade noch überlegt, ob er Innenminister wird, dann sage ich Herrn Dr. Söder: Überlegen Sie, ob Sie wirklich Ministerpräsident werden wollen angesichts dieser Zahlen und der Dinge, die Sie in dieser Sache gemacht haben.

(Ingrid Heckner (CSU): Eine Unverschämtheit!)

Liebe SPD, ich kann nicht verhehlen, dass Sie sich, bezogen auf die Stadt München, auch an Ihre eigene Nase fassen sollten. Herr Ude hatte es in seiner Amtszeit nie geschafft, die prognostizierten 7.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen – nie, in keinem einzigen Jahr. Über den Münchner Mietspiegel könnten wir jetzt lange reden. Ein Problem ist: Er richtet sich nur an Neuvermietungen aus. Jede Sanierung und die Gebühren fließen in den Mietspiegel ein. Er führt zu einer dauernden Mieterhöhung. Da sollte man sich wirklich auch in München überlegen, ob man nicht anders agiert. Und die jetzige Nachverdichtung führt auch zu höheren Preisen. Was fordern wir als FREIE WÄHLER? – Wir fordern die sofortige Einführung eines Baukindergeldes von 2.000 Euro jährlich für zehn Jahre, die Wiedereinführung der degressiven AfA,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

die von der Bundesregierung abgeschafft wurde, und wir fordern, dass die Baustandards und die Energieeinsparverordnung nicht noch verschärft werden. Das sind Forderungen, die bei ihrer Verwirklichung wirklich zu Investition anregen. Da kommt etwas voran, auch im Bereich des Bauens. Aber das, was bei der GBW gemacht wurde, war ein politischer Fehler par excellence.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verkauf der GBW-Wohnungen war ein Deal zulasten des Gemeinwohls. Sie, Herr Söder, haben damals nicht nur 33.000 Wohnungen meistbietend verscherbelt, sondern Sie haben auch die Sicherheit und Lebensplanung von Zehntausenden von Menschen mit aufs Spiel gesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn das ein so gutes Geschäft war, wie Sie immer behaupten, dann muss ich schon mal die Frage stellen: Warum tauchen dann immer wieder neue Ungereimtheiten auf? Warum wissen wir bis heute nicht, wer hinter dem komplexen Firmenkonstrukt steckt?

(Florian von Brunn (SPD): Wegen Söder!)

Warum wissen wir bis heute nicht, wer die Investoren sind? Jetzt ist sogar noch von Geldwäsche die Rede. Sie alle, Kolleginnen und Kollegen, kennen diesen Charaktertest, und ich könnte mir vorstellen, dass auch einige Menschen in Bayern sich ab und zu bezüglich Herrn Söder die Frage stellen: Würde ich von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist eine Frechheit! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ich möchte diese Frage heute noch mal erweitern.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

An wen hat dieser Mann denn staatliche Wohnungen verkauft?

(Ingrid Heckner (CSU): Kein politischer Anstand!)

Denn wenn man sich die Aussagen der zuständigen Stellen beim Zoll und beim LKA genauer anschaut, dann stellt man fest, sie haben der Staatsanwaltschaft dringend nahegelegt, genaue Ermittlungen zu der Geldwäsche anzustellen. Auch russische Behörden hatten Verdacht geschöpft. Aber was ist passiert? – Wir alle konnten das in den letzten Tagen in der Presse lesen: Die Staatsanwaltschaft München stellte die Ermittlungen nach wenigen Wochen ein. Kenner der Materie halten es für nahezu ausgeschlossen, dass die CSU-Regierung nicht über die Ermittlungen informiert wurde.

(Angelika Schorer (CSU): Frechheit!)

Markus Söder will von diesem ganzen Thema trotzdem nichts gewusst haben. Da kann ich Ihnen nur zurufen: Verlassen Sie sich drauf: Wir hier im Bayerischen Landtag werden dafür sorgen, und wir werden Mittel und Wege finden, damit die Wahrheit ans Licht kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Ingrid Heckner (CSU):
Die Wahrheit, was Sie für Leute sind, oder?)

Kolleginnen und Kollegen, der GBW-Verkauf ist aber auch Teil einer viel tiefergreifenden Misere. Wir beklagen hier alle im Plenum zu Recht regelmäßig, dass es in den Ballungsräumen zu wenig preisgünstigen Wohnraum gibt. Aber ich muss Sie jetzt auch mal fragen: Wo bleiben denn die Konsequenzen? Ich höre ständig Absichtserklärungen und viele Einzelvorschläge – einige davon sind sogar sinnvoll –, aber eine Sache fehlt mir und uns GRÜNEN völlig in der Politik der CSU-Regierung auf Landesebene – aber das fehlt auch in der Politik in München, der Großen Koalition auf Münchner Ebene, und auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung –, nämlich Folgendes: Ich rede von einem grundlegend anderen Umgang mit der Ressource Boden. Ich glaube, damit müssen wir uns mal intensiv beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Solange es weiterhin ein lukratives Geschäftsmodell ist, auf steigende Bodenpreise zu spekulieren, solange bleiben alle Versuche, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, auf halbem Weg stecken. Solange die öffentliche Hand immer wieder zulässt, dass Investoren zum Zug kommen, denen es nur um ihre Gewinnmarge geht, aber nicht um das Gemeinwohl,

(Oliver Jörg (CSU): Sie organisieren bei jedem Bauvorhaben eine Bürgerinitiative dagegen!)

solange helfen weder Mietpreisbremse noch ein Baukindergeld. Deshalb braucht es im Bereich von bezahlbarem Wohnraum mehr Mut. Wir sagen, wir müssen die Spekulationsgewinne besteuern. Grundstücke im Besitz der öffentlichen Hand sollten nur noch für den Mietwohnungsbau verwendet werden. Genossenschaften müssen gefördert werden, und zwar dringend. Endlich müssen mit staatlichen Mitteln mehr Sozialwohnungen gebaut werden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar nicht nur diese lächerlichen rund 2.000, Herr Söder, die Sie jetzt vorgeschlagen haben.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): München hat es verhindert! – Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Wir alle wissen: Der Druck steigt und steigt, und der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft, weil jährlich mehr Wohnungen aus der Bindung fallen, als neue dazukommen. Es darf einfach nicht sein, dass Familien, Alleinerziehende, Studierende und ältere Menschen in Ballungsräumen kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. Um den Wohnungsbedarf zu decken – ich meine, das ist keine neue Zahl, das diskutieren wir ständig –, müssten wir in Bayern pro Jahr 70.000 neue Wohnungen bauen und entstehen lassen. Das ist die Messlatte!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Wenn man diese Messlatte ansetzt, dann ist es ein bisschen schwierig, wenn man davon redet, na ja, wir bauen jetzt circa 2.000 Sozialwohnungen. Das ist doch ein Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, deswegen ist es wichtig, dass wir uns darauf verständigen, nicht nur den Markt dieses Wohnungsbauproblem lösen zu lassen,

(Zurufe von der CSU)

sondern auch von staatlicher Seite massiv zu intervenieren. Wenn Sie endlich die Verantwortung übernehmen wollen, dann haben Sie heute im Nachtragshaushalt die Möglichkeit dazu. Mein Kollege Ludwig Hartmann wird es Ihnen noch ordentlich aufzeigen. Wir haben Anträge zur Aufstockung der Wohnraumförderung um zusätzliche 150 Millionen Euro im Jahr gestellt. Wenn Sie Verantwortung für bezahlbaren Wohnraum übernehmen wollen, dann können Sie unseren Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Weidenbusch von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Inge Aures (SPD): Jetzt wird's ernst!)

Ernst Weidenbusch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach sogenannten Recherchen von "MONITOR" und "Handelsblatt" soll es im Umfeld des Immobiliengeschäfts "GBW-Verkauf an PATRIZIA" den Verdacht der Geldwäsche gegeben haben. Der Verdacht soll von bayerischen Behörden in der Zeit erhoben worden sein, als der Verkauf über die Bühne ging. Falsch!

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Es handelt sich hier um die Geschichte einer Recherche, die zu nichts geführt hat, eines Berichts voller Konjunktive und um eine Geschichte voller von der Redaktion geänderter Namen der Beschuldigten. Der Justiziar dieses Senders weiß ganz genau, warum er auf dieser Vorgehensweise bestanden hat. Und es handelt sich hier um die Geschichte eines Oppositionspolitikers, der sich wider besseres Wissen dafür hergegeben hat, öffentlich Vorwürfe zu erheben, von denen er wusste, dass sie unzutreffend sind.

(Christine Kamm (GRÜNE): Mehr Transparenz!)

Die Fakten: Im April 2013 erhielt die PATRIZIA AG von der BayernLB den Zuschlag für den Kauf der GBW AG mit über 30.000 Wohnungen zum Preis von 882 Millionen Euro. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags wurde darüber in seiner Sitzung vom 9. April 2013 im Detail vom damaligen Vorstandsvorsitzenden der BayernLB, Gerd Häusler, informiert.

(Christine Kamm (GRÜNE): Die Details stimmen nicht! – Florian von Brunn (SPD): Das sind falsche Details!)

Nach meiner Kenntnis umfasste der Investorenkreis der PATRIZIA AG eine Gruppe von insgesamt 27 renommierten deutschsprachigen Investoren.

(Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Keiner kennt sie! – Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Ruhe jetzt! – Gisela Sengl (GRÜNE): Das sind die Richtigen!)

14 Versorgungswerke, 8 Versicherungen, das sind 22, 3 Sparkassen, das sind 25, und 2 Pensionskassen, das sind 27.

(Christine Kamm (GRÜNE): Warum sind die nicht öffentlich?)

Teilnehmer am Konsortium der PATRIZIA AG waren zum Beispiel die WWK Versicherung München, die Sparkassenversicherung Stuttgart, die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. Stuttgart oder das Versorgungswerk der Apothekerkammer Nordrhein. – Warum nun kann ich Ihnen heute hier an diesem Mikrofon diese Information geben, liebe Opposition, wo Sie diese Information doch angeblich so dringend ersehnen, erfragen und nie bekommen? – Nun ja, weil alle diese Informationen in der Pressemitteilung der BayernLB vom 8. April 2013 stehen. Seit fünf Jahren hätten Sie das nachlesen können.

(Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Und weil wir schon gewusst haben, dass Sie nicht alles lesen und sich vor allem nichts merken, hat Ihnen das Finanzministerium mit Schreiben vom 26. Januar 2017, also

vor einem Jahr, das alles noch einmal mitgeteilt. Damit Sie es wirklich nicht vergessen, ist dieses Schreiben auch jederzeit auf der Internetseite des Bayerischen Landtags öffentlich abrufbar.

(Florian von Brunn (SPD): Das hilft ja nichts, wenn – –)

Die Überraschung darf bei Ihnen also nicht groß sein, und Zwischenrufe klären da auch nichts.

(Florian von Brunn (SPD): Das sagen gerade Sie! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Und das Ganze ist auch nicht einfach so passiert, sondern Sie hatten gefragt. Sie hatten gefragt! Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/13398, "Schluss mit der Geheimhaltung – GBW-Verkauf vollumfänglich aufklären", 13. Oktober 2016; SPD: "Was wusste die Staatsregierung?", Drucksache 17/13399 vom 13.10.2016; FREIE WÄHLER: "Fragen über Fragen", Drucksache 17/13400. – All das haben Sie, an Sie adressiert, beantwortet bekommen. Das gesamte Investorenkonsortium wurde vom Compliance-Bereich der BayernLB einer Geldwäscheprüfung unterzogen. Diese Prüfung ergab keinerlei Beanstandung.

(Zuruf von der SPD: Kein Wunder!)

Auch das können Sie im Schreiben des Finanzministeriums nachlesen. Die Namen der am Investorenkonsortium beteiligten Unternehmen durften für die Zuschlagserteilung aus rechtlichen Gründen ausdrücklich nicht relevant sein, weshalb sie bis heute nur einem sehr kleinen, diesbezüglich zur Verschwiegenheit verpflichteten Kreis von Compliance-Prüfern in der BayernLB bekannt sind. Wer in dem Bereich beruflich tätig ist, weiß, dass das maximal zwischen zwei und fünf Personen sind, die auch keine korporativen, sondern persönliche Verschwiegenheitsverpflichtungen eingehen müssen. Das ist das übliche Verfahren. Das ist vorgeschrieben.

Diese Thematik wurde 2012 und 2013 öffentlich im Landtag und in der BayernLB intensiv diskutiert. Der Landtag hat sich bis Ende 2016 in 11 Plenarsitzungen, in 13 Schriftlichen Anfragen und in 18 Ausschusssitzungen damit befasst. Die Grundlage ist doch klar: Europäische Kommission, Beschluss vom 25. Juli 2012, Fassung vom 5. Februar 2013: Die 91,93 % müssen verkauft werden, und zwar in einem strukturierten, diskriminierungsfreien Bieterverfahren, an Wettbewerbsgrundsätzen orientiert.

Weil ich Bernhard Pohl gerade sehe: Bernhard, du warst doch dabei, als wir bei Herrn Unger von der Wettbewerbskommission, bei dem sogenannten Panzerglas-Unger, saßen, und der hat uns das gesagt. Der Herr Halbleib, glaube ich, war auch dabei. Es war die ganze Kommission dabei – auch Peter Winter –, als uns das gesagt wurde. Insofern ist es ein Fake, sich hier immer wieder auf eine offensichtlich gefälschte Nachricht zu berufen;

(Zurufe von der CSU)

denn es steht nun mal im Beschluss der EU. Sie können es dort nachlesen. Aufgrund dieser Vorgaben musste die BayernLB an die PATRIZIA verkaufen; denn die PATRIZIA war der Bieter mit dem wirtschaftlich besten Angebot.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen war das Bieterkonsortium, das kommunale Konsortium, bis zum Schluss dabei. Das, was Sie hier rügen, hat Christian Ude bei der EU gerügt. Die EU hat auf Antrag von Herrn Ude einen Treuhänder damit befasst, dieses Thema zu überprüfen. Und was schreibt der Treuhänder in seinem Bericht – auch das können Sie bei der EU nachlesen –: Der Zuschlag zugunsten der PATRIZIA AG war zwingend geboten. Der Kaufpreis war auf einem tendenziell sehr hohen Niveau.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER))

Das wurde auf Antrag von Herrn Ude festgestellt. Das Verfahren lief also nach Recht und Gesetz, also nach Vorgaben der Europäischen Union. Aber jetzt kommt es: "MO-

NITOR" und "Handelsblatt" äußern den Verdacht der Geldwäsche und werfen die Frage auf, was der Bayerische Ministerpräsident wusste. Bei den Investoren handelt es sich ausschließlich um berufsständische Versorgungswerke, Pensionskassen, Versicherungen und Sparkassen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

(Zuruf von der CSU: Eben!)

Lassen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen, was im "MONITOR"-Bericht ganz am Schluss – ganz am Schluss! – einer der Reporter sagt: Einen konkreten Geldwäscheverdacht gegenüber der PATRIZIA gibt es nicht. Gibt es nicht!

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Alles, was es gibt, ist ein Vorwurf gegenüber einer Firma Alma Assets GmbH. Dann sagt "MONITOR", es könne ja sein, dass die Alma Assets GmbH für ihre russischen Investoren auch bei der PATRIZIA gekauft habe. Seriöser Journalismus sieht anders aus.

(Beifall bei der CSU)

Dann sagt ein bayerischer Landtagsabgeordneter, ein Oppositionsmitglied, der aus dem Schreiben des Finanzministeriums vom 26. Januar 2017 all dies weiß – der all dies weiß! –, der genau weiß, dass in Bayern an dem Kauf keine russischen Investoren beteiligt waren, dem WDR: "Man" – die Staatsanwaltschaft München I – "hat sich da nicht größer damit beschäftigt, sondern man hat die Verfahren dann letztlich, die angeleiert worden sind, dann wieder eingestellt, wieder einschlafen lassen und eigentlich den Mantel des Schweigens drübergestülpt." Und weiter heißt es: "Dieser Verdacht ist da.", also dass Ermittlungen dem Verkauf im Wege gestanden haben. Diesem Abgeordneten der FREIEN WÄHLER kann ich nur sagen: Schäm dich, schäm dich.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Gerade du hast dich in einem Interview mit der "WELT" über die mangelnde Aufrichtigkeit in der Politik bitter beschwert. Ich habe das Zitat nachgelesen. Du berufst dich bei vielen Gelegenheiten auf deinen christlichen Hintergrund, was ich voll in Ordnung finde. Aber dann hättest du einen solchen Verdacht nicht wider besseres Wissen schüren dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Hubert, wenn du in deinem Betrieb Ferkel züchtest, ist das voll in Ordnung. Das finde ich super. Aber solche Ferkeleien darfst du in deiner Fraktion nicht dulden. Die darfst du nicht dulden.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Saustall bei euch ist größer als bei uns!)

Bei der LBBW in Stuttgart sind im Übrigen nur 95 % der Bieter offengelegt. 5 % haben Herr Kretschmann und die rot-grüne Landesregierung nie offengelegt. Dabei wurde noch nicht einmal auf Deutschland, Österreich und die Schweiz beschränkt, sondern dort ist von nationalen und internationalen Kontakten die Rede. Fragen Sie also Herrn Kretschmann, fragen Sie in Stuttgart nach: Wer waren die Investoren bei PATRIZIA, die in Stuttgart gekauft haben? Fragen Sie vor allem auch nach, ob die Staatsanwaltschaft in Stuttgart auf den Hinweis des BKA hin auch den Kauf in Stuttgart überprüft hat;

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN – Glocke des Präsidenten)

denn so, wie die zeitlichen Abläufe sind, wenn die Anzeige von 2012 so war, gab es in München noch gar keine Ausschreibung. Dann spricht viel dafür, dass der Kauf von Immobilien durch die PATRIZIA, wenn überhaupt, in Stuttgart bei der LBBW erfolgt ist. So schaut's aus.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Halbleib von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Herrmann von der CSU hat die Frage der Immunität in den Raum gestellt, obwohl beide Redner der CSU der beste Beleg dafür sind, dass in dieser Frage zur Wahrheit ein gespaltenes Verhältnis besteht.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Herr Dr. Herrmann, Sie haben die Frage zu diesem Konzept gestellt. Ihr Konzept war offensichtlich, 33.000 Wohnungen und 80.000 Mieter dem freien Markt auszusetzen und damit das zu erzeugen, was Natascha Kohnen beschrieben hat, nämlich dass die Mieter zum Großteil heimatlos werden, weil sie auf diesem Mietmarkt nicht mehr bestehen können. Das war das Konzept der CSU für den angespannten Mietmarkt in München.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Sie haben von alten Kamellen gesprochen. Welcher Zynismus steckt in Ihren Worten? Was müssen die Mieterinnen und Mieter denken, wenn sie hören, dass Herr Dr. Herrmann und die CSU-Fraktion hier von alten Kamellen sprechen? Das ist nämlich eine Frage des Mietrechts und dessen, was man sich noch leisten kann.

(Zurufe von der CSU)

Wenn Sie das Herausdrängen aus diesen Wohnungen als "alte Kamellen" bezeichnen, zeigt das Ihre wohnungspolitische und mieterpolitische Auffassung in dieser Frage.

(Beifall bei der SPD)

Ein paar weitere Dinge. Erstens. Sie wissen selber, welche Aussage Kommissar Almunia auf ganz konkrete Nachfragen gemacht hat. Es gab keinen Zwang zum Verkauf der GBW. Das ist unstrittig.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist Quatsch!)

– Herr Weidenbusch, auch wenn Sie sich in Richtung Herzinfarkt steigern, das ist die Wahrheit. Es ist die Wahrheit!

(Zuruf von der CSU: Du warst doch dabei!)

Zweitens. Es gab auch andere Instrumentarien – wir hatten darüber geredet –, die der Herr Ministerpräsident Horst Seehofer als sehr interessant bezeichnet hat. Die Frage, ob beispielsweise die Bayerische Landesstiftung und andere einsteigen, hat er als sehr interessant bezeichnet. Das haben Sie nicht mehr realisiert.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

– Herr Kollege Weidenbusch, Schreien ist kein Argument.

(Beifall bei der SPD)

Der entscheidende Punkt ist doch, wie Sie die Ausschreibung gestaltet haben. Wie haben Sie die Frage der Mieterrechte bewertet? Wie haben Sie soziales Mietrecht in der Ausschreibung bewertet? Das ist der Unterschied zum kommunalen Konsortium. PATRIZIA setzt zulasten der Mieter komplett auf den freien Mietmarkt. Das machen die Kommunen nicht. Das ist doch der entscheidende Punkt. Diesen Punkt haben Sie in der Ausschreibung überhaupt nicht berücksichtigt. Das ist die Wahrheit. Das ist unser Vorwurf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Weidenbusch, Sie tun so – der Versuch ist nett –, als wäre alles schon geklärt. Ich zitiere aus dem gleichen Schreiben, das Sie genannt haben, nämlich aus

dem Schreiben des Finanzministers vom 26.01.2017 auf die Anfragen der von Ihnen genannten Fraktionen. Das zitiere ich mal. Sie haben genau an der Stelle aufgehört, an der die interessante Passage beginnt – genau dort.

(Florian von Brunn (SPD): Reiner Zufall!)

Ich zitiere:

Genau Informationen über die Teilnehmer des Bieterkonsortiums, die Gesellschafter- und Eigentümerstruktur, das dahinterliegende Firmenkonstrukt oder die in der LT-Drs. 17/13399 (Frage 4) genannten Luxemburgischen und niederländischen Gesellschaften bzw. Stiftungen lagen dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat beim Verkauf nicht vor.

Das ist der zentrale Vorwurf.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben an eine Blackbox verkauft. Das ist der Vorwurf. Das steht auch drin. Sie stellen sich noch hin und ziehen den Aufklärungsanspruch der Opposition ins Lächerliche. Das ist doch der Skandal.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist nicht das Zitat! Das ist gar nicht wahr!)

– Ich habe das vorgelesen. Lesen Sie nach.

(Abgeordneter Ernst Weidenbusch (CSU) hält ein Schreiben hoch. – Ernst Weidenbusch (CSU): Das haben Sie erfunden! Das ist nicht das Schreiben! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Weidenbusch, ich lese es Ihnen noch einmal vor.

(Zurufe des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, es gibt keine Zwischenbemerkungen, solange Sie nicht das Wort haben. Herr Halbleib, Sie können weiterreden.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich würde vorschlagen, dass Sie mir ein paar Minuten mehr geben, um die vielen Zwischenrufe des Herrn Kollegen abzuarbeiten.

Ich zitiere:

Genauere Informationen über die Teilnehmer des Bieterkonsortiums, die Gesellschafter- und Eigentümerstruktur, das dahinterliegende Firmenkonstrukt oder die in der LT-Drs. 17/13399 (Frage 4) genannten Luxemburgischen und niederländischen Gesellschaften bzw. Stiftungen lagen dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat beim Verkauf nicht vor.

Das wurde vom Finanzminister unterschrieben. Das ist der Skandal, Herr Weidenbusch.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Ernst Weidenbusch (CSU): Das schließt nicht an mein Zitat an!)

Dann kommen wir zum Kern. An dieser Stelle stehen zwei landespolitische Probleme auf dem Prüfstand. Erstens hat Herr Söder den Kauf der Hypo Group Alpe Adria als größten Fehler der Landespolitik nach 1945 bezeichnet. Er hat eines vergessen: Der zweitgrößte Fehler war der Verkauf der GBW an dieses Bieterkonsortium. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Last but not least: Die Gründung dieser Wohnungsbaugesellschaft, die wir schon seit Langem fordern, ist von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, in den letzten anderthalb Jahren dreimal mit großem Aplomb abgelehnt worden. Das ist doch der Skandal. Sie werfen uns Konzeptionslosigkeit vor. Wir haben Konzepte vorgelegt, Sie

haben sie abgelehnt, bis das Wahljahr 2018 begonnen hat. Sie täuschen etwas vor, das Sie gar nicht sind, nämlich eine Mieterpartei.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Inge Aures (SPD): Jawohl!)

Sie haben etwas gemacht, was ein wirklicher Skandal ist. Die soziale Wohnraumförderung in diesem Freistaat Bayern hat in den Neunzigerjahren stolze 350 Millionen Euro jährlich betragen, und zwar über fünf Jahre hinweg. Gerade haben wir das Haushaltsjahr 2017 abgeschlossen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Die soziale Wohnraumförderung hat für das Haushaltsjahr 2017 nicht 350 Millionen Euro, sondern 87 Millionen Euro betragen. Das ist der Beleg dafür, dass Sie die soziale Wohnraumförderung komplett aus den Augen verloren haben. Das ist unser Vorwurf an diesem Tag.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege König von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander König (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unstrittig ist, dass wir mehr Wohnungen brauchen.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Von daher weiß ich nicht, ob die Menschen draußen wirklich Verständnis für eine Märchen-debatte über die Vergangenheit haben, Herr Kollege Halbleib.

(Beifall bei der CSU)

Wir von der CSU sind zu allen Schritten bereit, um den Wohnungsmarkt weiter zu beleben und im hohen Maße Wohnungen zu bauen.

(Abgeordneter Volkmar Halbleib (SPD) hält ein Dokument hoch.)

– Sie halten es gerade hoch, Herr Halbleib. Schauen Sie sich den Nachtragshaushalt 2018 an. Wir haben im Staatshaushalt seit Jahren die Mittel für die staatliche Wohnraumförderung und die Studenten-Wohnraumförderung erhöht.

Wir haben uns auf Bundesebene auf den einen oder anderen Punkt geeinigt. Wir wollen ein Baukindergeld einführen. Wir wollen das auf bayerischer Ebene noch ergänzen. Ich hoffe, das wollen Sie auch. Wir treten für eine eigene Eigenheimzulage in Bayern ein. Wir wollen ebenfalls eine Bayernheim-Gesellschaft gründen, um zusätzliche Wohnungen über die GBW-Wohnungen hinaus – die sind weiterhin vorhanden – zu bauen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen der SPD, im Gegensatz zu Ihnen sind wir darüber hinaus bereit, nicht nur auf den Staat zu setzen, sondern auch auf die Bürgerinnen und Bürger, indem wir steuerliche Anreize setzen. Leider waren Sie in den Koalitionsverhandlungen nicht bereit, weitere steuerliche Anreize zu setzen, um mit dem im Übermaß vorhandenen privaten Kapital weitere Wohnungen bauen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind zur Einführung einer degressiven Abschreibung bereit. Sie lehnen das seit Jahr und Tag ab.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zu Märchen sagen. Sie alle kennen die Geschichte vom Baron von Münchhausen, der erzählte, er sei auf einer Kanonenkugel geritten. Seinerzeit war es unstrittig, dass Kanonen Kugeln fliegen lassen können. Unstrittig war auch, dass Menschen reiten können. Baron von Münchhausen

hatte daraufhin die unglaubliche Geschichte erfunden, dass er auf einer Kanonenkugel geritten sei. Ähnlich hören sich Ihre Geschichten zur GBW an.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden vom Finanzminister! Da sitzt der Baron von Münchhausen!)

Unstrittig ist, dass der Anteil des Staates an der GBW aufgrund des Beihilfeverfahrens im Zuge der Konsolidierung der Bayerischen Landesbank verkauft werden musste. Unstrittig ist, dass neben dem Freistaat Bayern, der unter anderem durch den Finanzminister Markus Söder vertreten wurde, auch die Kommunen an der BayernLB beteiligt waren. Unstrittig ist, dass es sich bei der Gruppe von Investoren auf der Seite der PATRIZIA AG, die Herr Kollege Weidenbusch vorhin aufgezählt hat – ich empfehle Ihnen dringend, die Pressemitteilung zu lesen –, nicht um irgendwelche aus Russland stammende oder dort ansässige Gesellschaften handelt – mitnichten. Diese Dichtung hat irgendjemand erfunden. Frau Schulze, für mich ist das verleumderisch, wenn Sie das einfach so aufnehmen. Die PATRIZIA hat eindeutig erklärt, dass es sich bei den 27 Investoren um Versorgungswerke, Versicherungen, Sparkassen und Pensionskassen handelt. Sie sollten davon Abstand nehmen und das nicht miteinander vermischen.

Tatsache ist nur, dass im November 2012 bei der Staatsanwaltschaft eine anonyme Anzeige einging, wonach die PATRIZIA Objekte an Kunden aus der ehemaligen UdSSR verkaufen solle. Selbst in dieser anonymen Anzeige wurde nicht behauptet, es würde sich um Geldwäsche oder Schwarzhandelsgeschäfte handeln. So wie der Baron von Münchhausen aus dem Reiten und der Kanonenkugel den reitenden Baron auf der Kanonenkugel gemacht hat, sind Sie bereit, auf diese Sache aufzuspringen. Sie stellen in den Raum, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Verkauf, den Investoren und dieser anonymen Anzeige gebe, obwohl, wie wir wissen, umfangreiche Ermittlungen des Zolls und der Polizei überhaupt nichts ergeben haben.

Frau Kollegin Weikert – ich sehe Sie gar nicht –, laut den "Nürnberger Nachrichten" sollen Sie eine vollumfängliche Aufklärung des Verdachts der Geldwäsche im Umfeld des GBW-Deals gefordert haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Frau Weikert, wo ist diese Geldwäsche? Können Sie irgendwelche Tatsachen anführen außer Verweise auf sogenannte Journalisten – das hat Herr Kollege Weidenbusch vorhin gesagt –, die einen ganz weit hergeholten Zusammenhang, für den es nicht andeutungsweise einen Beleg gibt, herstellen? Können Sie Belege aufführen? – Diese gibt es nicht. Es ist verleumderisch, so etwas in den Raum zu stellen. Ich fordere Sie auf, das zukünftig zu unterlassen.

Dasselbe gilt für Herrn Kollegen Hartmann, der heute leider auch nicht gesprochen hat. Er wird in den "Nürnberger Nachrichten" zitiert. Er hat den Verdacht geäußert, dass Finanzminister Söder weiter schweige und notfalls auch mit Geld aus kriminellen Kanälen arbeite. Kollege Hartmann, schämen Sie sich nicht? – Ich würde mich an Ihrer Stelle aufgrund der Faktenlage, die gleich null ist, schämen, derartige verleumderische, üble Behauptungen in den Raum zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie das sein! Lesen Sie die Pressemitteilung der PATRIZIA Immobilien AG vom 22. Februar, die dazu ausführt – ich darf das zitieren –:

Die PATRIZIA Immobilien AG stellt absolut und ohne jeden Zweifel klar, dass beim Erwerb der GBW keinerlei ... "russisches Geld", "Gelder aus Russland" oder ähnliches beteiligt waren.

Die Berichterstattung entbehrt eindeutig jeder Grundlage und ist definitiv falsch. Der Verdacht ist eine schlichte Lüge ...

Dies aus der Pressemitteilung der PATRIZIA AG.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, ich darf Sie an die Zeit erinnern.

Alexander König (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Hartmann, Frau Weikert, Frau Schulze und alle, die sich in der Zukunft noch dazu versteigen sollten, lesen Sie die Pressemitteilungen der Staatsanwaltschaft und der PATRIZIA AG! Schauen Sie sich die Tatsachen an, bevor Sie hier in so unglaublicher Art und Weise unkollegial und verleumderisch gegen den bayerischen Finanzminister lostreten!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verkauf der GBW AG an ein Konsortium der PATRIZIA liegt jetzt beinahe fünf Jahre zurück. Wir haben hier im Landtag unzählige Debatten geführt. Wir haben unzählige Anfragen gehabt und Anhörungen durchgeführt. Im Jahr 2013 wurde sogar ein ausführlicher Wahlkampf vom damaligen Spitzenkandidaten Christian Ude fast allein mit dem Thema GBW geführt.

Eines muss ich Ihnen sagen: Je länger die Zeit zurückliegt, desto seltsamer werden die Debatten und desto größer die Erinnerungslücken bei der Opposition. Ich habe den Eindruck: Es geht nicht um Mieter, sondern nur um Mandate, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist schade.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Jawohl! Sehr richtig! – Volkmar Halbleib (SPD): Und das aus Ihrem Mund!)

Alle ein, zwei Jahre wird dann versucht, durch irgendwelche Zeitungs- und Medienberichte auf der Basis von Mutmaßungen, Halbwahrheiten und vermeintlichen Erkenntnissen von Recherchenetzwerken Zusammenhänge zu konstruieren, zu skandalisieren und parteipolitisch neues Kapital zu schlagen. Ich sage Ihnen eines: Dieses Hohe

Haus, wenn es sich ernst nimmt und es eine Vorbildfunktion für die politische Debat-
tenkultur in Bayern einnehmen will, muss sich zunächst an Fakten halten und darf sich
nicht Verschwörungstheorien hingeben, meine sehr verehrten Damen und Herren.
Hier in Bayern zählen Fakten.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Fakten: Im Jahr 2011 wurde ich Finanzminister. Damals habe ich die Aufgabe
übernommen, die damals scheinbar unlösbare.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Sie haben nicht viel dazu getan.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie bitte?)

Ich habe damals die Aufgabe übernommen, die Bayerische Landesbank in einer ganz
schwierigen Situation zu einer Genehmigung zu führen, damit die Bank überhaupt le-
bensfähig bleibt. Es stand damals auf der Kippe, dass eine weitere Bank wie die
WestLB mit Milliardenschäden abgewickelt wird. Ich erinnere nur daran: Kurz nach
dem Tag, an dem die WestLB abgewickelt wurde, haben wir überhaupt den Zuschlag
zur weiteren Lebensfähigkeit der Bayerischen Landesbank erhalten.

(Zuruf)

– Ich spreche von meiner Verantwortung. Sie haben heute mich erwähnt, und deswe-
gen antworte ich auch ganz persönlich.

Ich habe in den darauffolgenden Jahren mit vielen Experten in der Bank, mit vielen Ex-
perten im Sparkassenverband, mit allen hier im Bayerischen Landtag hart daran gear-
beitet, diese Bank zu sanieren und sie wieder in richtiges Fahrwasser zu bringen. Wir
haben jede Anfrage behandelt. Wir haben im Haushaltsausschuss – egal, ob öffent-
lich, nichtöffentlich oder geheim; dies kann jeder bestätigen, der dabei war – einen

wirklich neuen Stil der Integration in Entscheidungsprozesse gepflegt und vorher informiert. Ich finde, das war ein guter Weg, der am Ende von Erfolg gekrönt ist.

Dass Länder wie zum Beispiel Hamburg und andere heute noch immer Probleme mit ihren Landesbanken und wir mittlerweile tolle Ergebnisse haben, sollte ein Stück weit honoriert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied zu anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Warum aber konnten wir weitere hohe Milliardenschäden zu dem schweren Fehler davor – das ist ja keine Frage; ich glaube, ich war der Erste, der das als einen schweren Fehler bezeichnet hat – überhaupt abwenden? – Weil wir uns ab diesem Zeitpunkt eben nicht auf politische Tricksereien und vage Entscheidungen, sondern auf ökonomischen Verstand und auf Recht und Gesetz verlassen haben. Alles – ich betone: alles –, was seit jener Zeit passiert ist, war nach Recht und Gesetz geordnet.

Die BayernLB musste im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens ihre Beteiligung von 92 % an der GBW AG verkaufen. Es wurden übrigens nicht Wohnungen verkauft – das ist falsch –, sondern es wurde eine Beteiligung verkauft. Überraschenderweise, meine Damen und Herren, stehen noch alle Wohnungen. Ich finde es richtig, wenn Sie über neue Wohnungen reden wollen. Aber seien wir doch einmal ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Die Wohnungen der GBW AG stehen noch. Wir brauchen mehr Wohnungen in Bayern. Schauen Sie nicht zurück, sondern lieber nach vorne! Dabei sind wir gerne behilflich.

(Beifall bei der CSU)

Die Vorgaben der EU mussten erfüllt werden, sonst wäre die BayernLB nicht lebensfähig gewesen. Auch ich zitiere einmal aus dem Beschluss; der Kollege Weidenbusch hat dies bereits getan. Man kann zwar Interviews von jemandem zitieren, aber relevant ist das schriftliche Dokument. Das ist nämlich die Basis für die weitere Frage ge-

wesen. Dies war die EU-Entscheidung vom 5. Februar 2013. In dem Beschluss stand ganz eindeutig, dass die Bayerische Landesbank ihren Anteil in Höhe von 91,93 % an der GBW AG im Rahmen eines an Wettbewerbsgrundsätzen orientierten Bieterverfahrens bis Ende 2013 bestmöglich und vollständig veräußern muss. Wir haben die EU ernst genommen und dies auch getan, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine andere Möglichkeit gab es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Waren wir die Einzigen? Lag es daran, dass Bayern inkompetent war? Hatten wir ein größeres Interesse daran – wie es Frau Schulze gesagt hat –, die Mieter zu schädigen? – Wenn wir die Einzigen gewesen wären, dann wäre der Verdacht zwar nicht richtig, aber er hätte einen singulären Boden. Waren wir die Einzigen? – Natürlich nicht.

Es ist vorhin schon angesprochen worden: In Baden-Württemberg gab es genau die gleiche Situation. Auch die dortige Landesbank musste wegen der Fehler der Vergangenheit in einem Beihilfeverfahren eine Entscheidung treffen. Ich würde nie unterstellen, dass Herr Kretschmann und Nils Schmid das aus Gewinnsucht oder aus Mieterhass gemacht haben, sondern ehrlicherweise haben auch sie nach ökonomischen Entscheidungen gehandelt. Der Fall war konkret der gleiche.

Eines muss ich Ihnen sagen: Entweder messen Sie mit gleichem Maßstab, meine sehr verehrten Damen und Herren – dann gilt das für beide –, oder Sie setzen sich dem Verdacht aus, dass es Ihnen nur um parteipolitisches Interesse und nicht um eine faire und sachgerechte Auseinandersetzung geht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Bravo!)

Wir mussten, und Baden-Württemberg musste.

Haben wir das genau so gemacht wie Baden-Württemberg, oder haben wir vielleicht Zwischenschritte gemacht? – Die Opposition hatte damals zu Recht die Frage gestellt:

Gibt es Alternativen? – Die haben wir geprüft, und zwar alle. Wir haben erst geprüft, ob der Staat nicht selbst kaufen könnte. Dazu gab es aber von allen Experten die eindeutige Auskunft, dies hätte erneut ein Beihilfeverfahren nach sich ziehen können.

(Zuruf)

– Das ist nicht ökonomisch vernünftig. Bayern ist keine Bananenrepublik, sondern Bayern ist ein Rechtsstaat, der mit ökonomischem Sachverstand agiert.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweites Abenteuer nach dem ersten gehe ich nicht ein.

Dann haben wir – Herr Halbleib, ich weiß nicht, ob Sie dabei waren; es könnte sein – in der Landesstiftung darüber diskutiert. Man kann über den Kollegen Wörner sagen, was man will. Ich gehöre sicherlich nicht zu seinem Fanclub. Die älteren Kollegen wissen das. Er ist aber ein engagierter Mann und hat schon ein bisschen Ahnung gehabt. Wir haben dies in der Landesstiftung erwogen. Unter anderem Herr Wörner war der Auffassung, dies sei nicht passend und dies wolle man nicht machen. Also hat man davon Abstand genommen.

(Zurufe – Unruhe)

Wir haben mit der EU-Kommission geredet.

(Unruhe bei der SPD – Der Abgeordnete Volkmar Halbleib (SPD) winkt ab)

– Jetzt hätte er einmal im Leben etwas bewirkt hier in Bayern, und das wollte er auch wieder nicht annehmen. Einmal im Leben!

(Heiterkeit bei der CSU)

Dann haben wir gefragt: Wäre es denn denkbar, exklusiv an ein kommunales Konsortium zu verkaufen? Nur das, ohne jeden Wettbewerb. Das ging auch nicht. Am Ende – Sie haben es gehört – gab es die Vorgabe, das wirtschaftlich beste Angebot aus

einem diskriminierungsfreien Bieterverfahren zu nehmen. Das war in der Tat das Konsortium um PATRIZIA.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr einfach!)

Es wurde auch schon angesprochen, und ich sage das immer wieder: Das Finanzministerium hat auf das Verfahren keinen Einfluss gehabt. Verkäuferin war die BayernLB und nicht das Finanzministerium. Das ist die rechtsstaatlich richtige Form. Das Bieterverfahren ist dann nach europarechtlichen Vorgaben durchgeführt worden. Dieser Verkauf wurde ganz genau und den Vorgaben aus Brüssel entsprechend europaweit ausgeschrieben.

In der Tat war das kommunale Konsortium bis zum Schluss dabei. Das kommunale Konsortium ist dann aber nicht erfolgreich gewesen, weil es deutlich weniger geboten hatte als die PATRIZIA.

Und eines muss ich Ihnen sagen: Ich erinnere mich, im Wahlkampf 2013 – Herr Halbleib, Sie waren damals Schattenfinanzminister unter Christian Ude –,

(Heiterkeit bei der CSU)

haben Sie immer wieder betont und gesagt, die Landeshauptstadt sei ein Vorbild, hätte viel Geld und sei deshalb in der Lage, sehr erfolgreich zu wirtschaften.

(Volkmar Halbleib (SPD): Alles Quatsch!)

Meine Damen und Herren, am Ende fehlten 200 bis 300 Millionen Euro. Ich muss Ihnen eines sagen: Wenn für die SPD und den damaligen Spitzenkandidaten Christian Ude die Mieter das Wichtigste gewesen wären, dann hätte er auch mehr bieten können, um an dieser Stelle seinen Beitrag zu erbringen. Es ist nicht passiert, und die Entscheidung war, wie sie war.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Weidenbusch hat übrigens auch noch einmal gesagt, dass es hin und her ging. Christian Ude hat damals gesagt, er glaube das alles nicht und rechne mit einer Beschwerde. Das war sein gutes Recht. Tatsächlich erging Beschwerde an die EU. Er hatte ein Gespräch bei der Kommission gehabt. Daraufhin hat er die Beschwerde eingereicht. Das wurde genau überprüft. Der EU-Trustee hat dann in der Tat festgestellt – ich zitiere –:

Zusammenfassend bestätigen wir abschließend, dass sowohl an dem durchgeführten Veräußerungsverfahren als auch an der beihilferechtlich konformen Entscheidungsfindung keine Beanstandungen festzustellen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

Der immer wiederholte Vorwurf, das sei irgendwie nicht ordentlich gelaufen, ist europarechtlich widerlegt.

Noch ein Vergleich mit Baden-Württemberg: Bei uns betrug der Abstand 200 bis 300 Millionen Euro. Wie war es denn eigentlich in Baden-Württemberg? Dort wurde übrigens auf genau gleicher rechtlicher Grundlage verkauft. Die dahinter stehenden Investoren waren nicht bekannt. Das war genau die gleiche Situation. Das heißt – ich komme dann später noch darauf –, wenn man eine Untersuchung macht, muss man auch Kretschmann und Nils Schmid befragen, wie sie es gehalten haben. Ich will aber noch einmal sagen: In Baden-Württemberg sind 21.000 Wohnungen für 1,4 Milliarden Euro an die PATRIZIA verkauft worden. Dort betrug der Abstand nur 30 Millionen Euro.

Zum Thema der Abstände: In Bayern war die Entscheidung mit 200 bis 300 Millionen Euro wirklich klar. Aber in Baden-Württemberg – Kretschmann und Schmid, Grün und Rot – hat man sogar bei 30 Millionen Euro Abstand klar für die PATRIZIA und nicht für die Kommunen entschieden. Das ist doch die ganze Wahrheit, die man einfach mal sehen und ordentlich darstellen muss.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Sehr interessant!)

Herr Hartmann, weil Sie einen Vergleich mit Helmut Kohl zogen: Kretschmann selbst, den Sie, wie ich einmal gelesen habe oder annehme, bewundern, hat nach einer Agenturmeldung vom 14.02.2012 gesagt, er halte die Entscheidung über den Verkauf der LBBW-Wohnungen an das Augsburger Immobilienunternehmen PATRIZIA für vertretbar; der Zuschlag erfolgte nach einem fairen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren.

(Zuruf: Da schau her!)

Meine Damen und Herren, wenn Kretschmann das für Baden-Württemberg sagt, dann möchte ich ihn auch als Zeugen für Bayern hören. Genauso haben wir es nämlich auch gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Dann noch ein Aspekt, der im Jahr 2013 zu einer schweren Diskussion geführt hat. Es gab im Wahlkampf noch einmal die Diskussion. Ich erinnere mich daran, ich war schließlich beteiligt. Der ganze Wahlkampf, was auch in Ordnung ist, hat sich darum gedreht. Es hieß, die GBW sei eine Einheit, die alles gleich weiterverkaufen wolle, die Wohnungen seien in kürzester Zeit weg. Die "Süddeutsche Zeitung", die ich immer ungern zitiere, aber an dieser Stelle zitieren muss, hat am 18.04.2013 aufgedeckt, dass im Erfolgsfall des kommunalen Konsortiums nicht daran gedacht war, diese Wohnungen zu hegen und zu pflegen und den Mietern Besseres zu geben, sondern – ich zitiere –: "Oberbürgermeister Christian Ude bestätigte am Mittwoch, dass das kommunale Konsortium im Falle eines Zuschlags geplant hatte, ... 1.000 Wohnungen pro Jahr ... weiterzuverkaufen."

Heute gibt es den Vorwurf, wir hätten mit der PATRIZIA einen Weiterverkauf, einen Ausverkauf gemacht. Meine Damen und Herren, es war Geschäftsstrategie des damaligen kommunalen Konsortiums, den Bestand eben nicht zu halten, sondern quasi als

Makler aufzutreten. Ich respektiere das; aber werfen Sie uns nicht etwas vor, was eigene Parteifreunde an anderer Stelle gerne gemacht hätten und sogar offiziell bestätigt haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib hat vom Schutz der Mieter gesprochen. Wir haben im Landtag diskutiert. Herr Güller ist im Moment, glaube ich, nicht da.

(Zuruf von der CSU: Doch! – Harald Güller (SPD): Aber, Herr Kollege!)

– Entschuldigung, ich habe Sie sonst immer weiter vorne gesehen, aber das kann sich ja wieder ändern.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir haben damals von Anfang an eine intensive Debatte um den Schutz der Mieter geführt. Wir haben damals die Sozialcharta ins Gespräch gebracht. Die Sozialcharta war der erste Baustein. Mit der Sozialcharta wurde eine Reihe von Vorschriften eingeführt, die weiter gehen als in Baden-Württemberg. Damals haben Sie gesagt, das reiche Ihnen nicht. Sie sagten, das muss einklagbar sein. Ich habe Sie damals gefragt: Wenn es einklagbar ist, ist das dann besser? – Ja, das ist dann etwas Besonderes.

(Harald Güller (SPD): Besser! Ja!)

– Haben Sie gesagt, ja! Das ist so passiert. Viele Dinge sind übernommen worden, zum Beispiel ist der lebenslange Kündigungsschutz in die Mietverträge übernommen worden, das heißt, selbst beim Auslaufen einer allgemeinverbindlichen Sozialcharta hat der Mieter ein einklagbares Recht.

Meine Damen und Herren, darum ist es wirklich so: GBW-Mieter – egal, wie man das sehen will – sind nach heutigem Stand besser geschützt als viele Mieter am freien Wohnungsmarkt.

(Peter Winter (CSU): In Bayern!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir finden das gut, aber wir müssen das auch der bayerischen Öffentlichkeit immer wieder darstellen und sagen.

(Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): In Bayern, nicht in Baden-Württemberg!)

Jetzt noch einmal zu den Investoren: In der Tat ist im Bayerischen Landtag im Haushaltsausschuss mehrfach darüber berichtet worden. In der Sitzung vom 9. April 2013 war das ein zentrales Thema, keine Frage. Herr Häusler, der damalige Vorstandschef der Bayerischen Landesbank, hat im Ausschuss dargestellt, dass dem Erwerbersonsortium 27 Versicherungen, Pensionskassen und Sparkassen unter Führung der PATRIZIA angehörten. Die PATRIZIA hat dann dargestellt, dass sich diese 27 aus 14 Versorgungswerken, 8 Versicherungen, 3 Sparkassen, 2 Pensionskassen zusammensetzen, von denen einige wie die WWK Versicherung München, die Sparkassenversicherung Stuttgart, die Württembergische Gemeinde-Versicherung Stuttgart und das Versorgungswerk Apothekerkammer Nordrhein genannt worden sind. Die weiteren Investoren konnten nicht genannt werden. Das wurde auch vertraglich zugesichert. Das ist übrigens auch in Baden-Württemberg der Fall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hätten wir es erzwingen können? Oder hätten wir sagen können, das verhindern wir deswegen? – Nein. Das ist genau der Knackpunkt, der auch in Baden-Württemberg so war; denn die Gestaltung des rechtlichen Konstrukts darf beim Zuschlag über das Bieterverfahren keine entscheidende Rolle spielen. Das war nicht zulässig. Es war nicht zulässig, bestimmte Bieter aufgrund ihrer Rechtsform oder ihres Sitzes im Ausland von einem solchen Verfahren auszuschließen.

Glauben Sie mir, wir hätten damals gerne versucht, politisch vieles intensiver zu begleiten. Es war aber vielleicht der große Fehler der Landesbank in der Vergangenheit, dass man gedacht hat, ökonomische Prozesse politisch entscheiden zu können. Wir

haben uns hier im Bayerischen Landtag ab diesem Zeitpunkt dafür entschieden, eine neue Ära zu beginnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns an Recht und Gesetz gehalten. Wir sind damit gut gefahren und wollen das auch weiter so halten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Es gab noch eine vergleichbare Situation, als die Rechercheabteilung des Bayerischen Rundfunks eine große Diskussion über neue Enthüllungen führte. Sie erinnern sich?

(Zuruf: Jetzt wird es interessant!)

Da gab es hier auch eine große Debatte. Da wurde im Plenum am 13.10.2016 und am 26.01.2017 im Landtag schriftlich – das wurde mehrfach zitiert – zu dem Erwerberkonsortium berichtet. Auch damals gab es nichts Neues.

Ich erinnere mich, dass ich hier von den angeblichen Enthüllungen von 2016 gesprochen habe. Meine Damen und Herren, diese Enthüllungen standen schon einmal 2014 in der Zeitung. So passiert das immer wieder.

Ich möchte auch etwas zu den Schwarzgeldvorwürfen sagen. Es ist schon unfair, wie bei diesem Thema zum Teil agiert wird. Es ist in Ordnung, jede Frage zu stellen, aber die Verknüpfungen, die gemacht werden, sind einiger der heutigen Redner nicht würdig. Das ist nicht das normale Niveau.

(Beifall bei der CSU)

Ich hätte kein Problem damit, wenn die Fakten stimmen würden. Dann muss ich mich damit auseinandersetzen. Noch einmal: In dem Bericht des "Handelsblatts" war von einem Geldwäscheverdacht gegen einen Geschäftspartner der PATRIZIA in anderer Sache die Rede. Dieser Verdacht richtete sich nicht gegen die PATRIZIA. Dabei ging es nicht einmal um den GBW-Verkauf.

Die Staatsanwaltschaft München I hat am 22. Februar 2018 ausdrücklich festgestellt, dass in der anonymen Anzeige gerade nicht behauptet wird, dass der Kauf der GBW-Anteile mit russischem Schwarzgeld finanziert wurde. Zitat: Kein Geldwäscheverdacht beim Verkauf der GBW-Anteile an die PATRIZIA Immobilien AG. Ich bin nicht der Pressesprecher der PATRIZIA, aber die PATRIZIA selbst hat festgestellt, dass es sich hier auf keinen Fall um Russen oder unter Geldwäscheverdacht stehende Gesellschaften handelt.

Ich zitiere die Pressemitteilung:

Die PATRIZIA ... stellt absolut und ohne jeden Zweifel klar, dass beim Erwerb der GBW keinerlei – wie von Handelsblatt/Monitor in den Raum gestellt – ... "Gelder aus Russland" oder ähnliches beteiligt waren.

Die Berichterstattung entbehrt eindeutig jeder Grundlage und ist definitiv falsch. Der Verdacht ist eine schlichte Lüge.

Meine Damen und Herren, die BayernLB hatte beim Verkauf keine Kenntnis von etwaigen Verdachtsmomenten. Herr Kollege Weidenbusch hat erwähnt, dass sie eine Geldwäscheprüfung ohne Ergebnis durchgeführt hat. Das Finanzministerium und ich ganz persönlich hatten beim Verkauf der Beteiligung keine Kenntnis von dem in der Berichterstattung im Hinblick auf andere Unternehmen genannten Verdachtsgründen. Warum auch? Woher auch?

Erst aus der Schriftlichen Anfrage des Herrn Kollegen Streibl vom Februar 2017, die jetzt in die Öffentlichkeit gekommen ist, haben wir und übrigens auch die Ministerien davon erfahren, dass es das gab. Das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen war aber, dass sie zu keinem Ergebnis führten. Die Staatsanwaltschaft München I hat in der Pressemitteilung eindeutig darauf hingewiesen, dass da nichts war. Sie hat übrigens auch darauf hingewiesen, dass deswegen, weil nichts war, ein förmlicher Bericht an das Bayerische Staatsministerium der Justiz nicht veranlasst war. Sie haben heute den Vorwurf geäußert: Na, die werden vielleicht auf Weisung gehandelt

haben. – Dazu muss ich Ihnen eines sagen: Das ist ein sehr schwerer Vorwurf gegen bayerische Beamte und bayerische Staatsanwälte. Ich bin seit 1994 im Hause. Es mag seit dieser Zeit Verfehlungen Einzelner gegeben haben. Aber unsere Beamten bei der Polizei, bei den Staatsanwaltschaften und bei der Finanzverwaltung sind weder parteipolitisch hörig noch bestechlich. Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf, den ich in schärfster Form zurückweisen möchte.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Herr Güller, wir werden an anderer Stelle noch oft über den Wohnungsbau reden. Dabei werden wir uns über die Frage unterhalten, warum denn die Mietpreisbremse so ein Flop gewesen ist. Wer hat denn die Mietpreisbremse politisch beschlossen und auf den Weg gebracht? – Soweit ich mich erinnern kann, war das der zukünftige Justizminister Heiko Maas. Warum ist denn das Bauverfahren nicht schneller und einfacher geworden? Warum dauert es in München im Schnitt beim Bauträger Stadibau fünf bis zehn Jahre? Warum ist denn die Umsetzung der Vorschriften nicht beschleunigt worden? Wer war den bislang für die Bauvorschriften zuständig? – Meine Damen und Herren, das war Frau Hendricks.

Warum sind denn steuerliche Maßnahmen, mit denen beabsichtigt war, dass nicht das gesamte Kapital in die Finanzmärkte geleitet wird, sondern auch in Geld in den Wohnungsbau, immer wieder gescheitert? – Ich erinnere mich daran, dass das in den Verhandlungen mit der SPD nicht durchsetzbar war. Frau Kohnen, jetzt wird alles besser. Das ist auch gut so. Ich bin dafür. Sie tun aber jetzt so, als ob die Bayerische Staatsregierung schuld daran wäre, dass der Wohnungsbau in den letzten fünf Jahren in Deutschland nicht vorangekommen ist. Sorry, das ist doch absurd. Nicht Sie persönlich, aber viele in Ihrer Partei im Bund haben alles dafür getan, den privaten Wohnungsbau zu verhindern, anstatt ihn zu fördern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Jetzt wird alles besser, erstens, weil es eine neue Koalition gibt, und zweitens, weil Horst Seehofer Bauminister wird. Damit wird in dieses Thema mehr Schwung hineinkommen.

Unabhängig davon möchte ich aber zum Schluss noch etwas sagen: Wir beantworten jede Frage, auch gerne vier- oder fünfmal. Zum Thema BayernLB möchte ich aber feststellen, dass es für uns eine große Herausforderung darstellte, diese einzigartig schwierige wirtschaftliche und politische Aufgabe anzugehen. Herr Halbleib hat recht: Auch die Hypo Alpe Adria war schwerstes und vermintes Gelände. Herr Kollege Pohl ist gerade nicht da. – Doch, da ist er. Ich wollte Sie loben, aber Ihnen damit nicht in Ihrer Fraktion schaden. Herr Kollege Pohl und Herr Kollege Mütze, wir haben viele gute, intensive und schwierige Gespräche geführt. Ich hatte im Ausschuss immer den Eindruck, dass wir uns alle darum bemühen, bei diesem Thema, bei dem es um das Eigentum des Freistaates Bayern geht, etwas voranzubringen. Das ist auch Ihr Verdienst.

Mein Eindruck ist, dass uns die Lösung dieser Aufgabe in den letzten Jahren besser gelungen ist, als das in vielen anderen Bundesländern der Fall war. Wir haben in schwierigen Prozessen vertretbare Ergebnisse erzielt, und das nur, weil wir uns an Recht und Gesetz sowie an die ökonomischen Grundlagen gehalten haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erwarte dafür keinen Dank, aber ein bisschen Respekt dafür, dass wir für den bayerischen Steuerzahler eine schwierige Klippe umschiffen haben. Meine Damen und Herren, wir haben 5,5 Milliarden Euro wieder zurückbekommen. Das darf ich an einem solchen Tag schon einmal sagen. Das hätte anders laufen können. Wir haben das Schlimmste abgewendet und kämpfen weiter darum, dass es noch besser wird. Herzlichen Dank! Alles Gute!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Nachdem der Herr Staatsminister als Mitglied der Staatsregierung länger als zehn Minuten

gesprächen hat, besteht für die Fraktionen die Möglichkeit, jeweils durch einen Vertreter nochmals für fünf Minuten das Wort zu ergreifen. Das ist in § 66 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung geregelt. Drei Kollegen haben sich gemeldet. Ich rufe sie in dieser Reihenfolge auf: Herr Kollege Halbleib für die SPD, Herr Kollege Pohl für die FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Weidenbusch für die CSU. Bitte schön, Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist an Antworten das interessant, was nicht gesagt wird. So ist es auch hier. Herr Staatsminister, Sie haben nicht zu der Frage Stellung genommen, wie die Ausschreibung und der Verkauf der GBW mietrechtlich so hätte gestaltet werden können, dass die Kommunen eine ehrliche und echte Chance bekommen hätten. Dazu haben Sie nichts gesagt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Sie haben nicht zugehört!)

– Herr Kollege, sparen Sie sich das. Sie haben noch viel Gelegenheit, sich aufzuregen. – Herr Staatsminister, Sie haben nichts zu der Frage gesagt, ob das Finanzministerium zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung wusste, an wen verkauft wird und wie die Konstruktion dieser eigenartigen Gesellschaft aussieht.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Sie haben wieder nicht zugehört!)

Zu dieser Frage gibt es keine Antwort des Finanzministers. Herr Staatsminister, Sie haben stattdessen auf andere verwiesen, auf Baden-Württemberg und München. Gerade vom Finanzminister hätte ich mir eine Antwort auf die Frage erwartet, wie sich dieses Firmenkonstrukt auf die Steuerersparnungsmöglichkeiten auswirkt. Die entscheidende Frage lautet, ob die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland den Unterschied zum Angebot der Kommunen bezahlt haben; denn über dieses Firmenkonstrukt wurde ein Steuersparmodell eingeführt. Das spielt natürlich eine Rolle.

Da muss ich Ihnen eine Frage stellen – auch dazu kam kein Statement. Die Landeshauptstadt München musste aus dem Bestand der neuen Eigentümer, PATRIZIA und Konsorten, Wohnungen herauskaufen, um Mieterrechte zu schützen. Aufgrund Ihrer Organisation hatte die Stadt München die Auflage, 5 % mehr zu zahlen als jeder andere private Bieter, der sich um diese Wohnungen beworben hat. Was ist das für ein Umgang mit den Kommunen und mit der Landeshauptstadt, wenn die Kommunen dafür bestraft werden, dass sie Mieterrechte schützen wollen? Auch hierzu gab es keine Antwort.

(Beifall bei der SPD – Ernst Weidenbusch (CSU): Keinen einzigen wahren Satz!)

Herr Weidenbusch, erregen Sie sich nicht.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wenn Sie wenigstens einen einzigen wahren Satz sagen würden! – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, würden Sie mir bitte die Möglichkeit schaffen fortzufahren? Vielleicht könnten Sie Herrn Weidenbusch einen Sanitärer an die Seite stellen. Das wäre sinnvoll.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben hernach die Gelegenheit, sich zu äußern.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Der Trustee hat doch nichts anderes gesagt, als dass das Verfahren rechtlich nicht zu beanstanden sei. Er hat sich zur Frage eines alternativen Verfahrens, wie wir es vorgeschlagen haben, überhaupt nicht geäußert. Das war auch nicht seine Pflicht. Es gibt eine Beschwerde, nach der der Vorgang, aber nicht die Möglichkeit von Alternativvorgängen geprüft wurde. Das ist unser Vorwurf. Alternativen sind nicht geprüft worden. Der Finanzminister hat es wortreich erklärt, offensichtlich hat aber der politische Wille gefehlt, eine andere Lösung als den Verkauf an dieses Konsortium zu finden.

(Beifall bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das war's!)

Jetzt sage ich Ihnen noch eines, Herr Finanzminister, ich bin nicht empfindlich. Den Sozialdemokraten aber die Gestaltung der Mietpreisbremse vorzuhalten, deren Schärfe, Auswirkungen und Möglichkeiten Ihre Partei zusammen mit der CDU beschnitten hat, ist schon ein besonderer Treppenwitz in dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Punkt ist die Frage, welche Auflagen Bauherren haben. Vielleicht können Sie sich mit dem Innenminister austauschen. Für die Bauordnungen und für das, was an Auflagen damit verbunden ist, sind die Länder verantwortlich. Wenn Sie hier nur auf den Bund zeigen, zeigt das, dass Sie nur ein Ablenkungsmanöver betreiben und Nebelkerzen werfen. Auch das fällt doch auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch zu den Steueranreizen. Bei den Steueranreizen stand genau das zur Diskussion, was jetzt kommt. Wir brauchen zu Recht Steueranreize für die Bereiche, in denen wir sozialen Mietwohnungsbau betreiben und bezahlbare Wohnungen finanzieren. An diesen Wohnungen besteht Mangel. An Luxuswohnungen besteht in München kein Mangel. Auch das haben Sie nicht verstanden. Wir wollen Steuerersparnisse für die Investoren, die bezahlbare Wohnungen bauen. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least muss ich Ihnen diese Skizze zeigen. Was ist mit dem sozial geförderten Wohnungsbau in Bayern passiert? – Eine Talfahrt par excellence! In den Jahren 1993, 1994 und 1995 hatten wir 14.000 sozial geförderte Wohnungen. Als Sie 2011 Finanzminister waren – 2009 sind Sie das geworden –, lag die Zahl bei 1.483.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: 2011!)

Unter Ihrer Verantwortung waren es nur noch 10 % dessen, was in den 1990er-Jahren geschaffen worden ist.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Sie wissen nicht einmal, wann Söder Finanzminister geworden ist!)

– Die Zahl ist von 2011.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Aber da war er noch nicht Finanzminister!)

Die Zahl ist von 2011. Waren Sie 2011 Minister, ja oder nein?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Weidenbusch, lassen Sie den Herrn Kollegen Halbleib ausreden.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich kenne nicht alle Lebensdaten des Herrn Finanzministers, aber das kann doch nicht der Hauptkonflikt sein, dass ich eine falsche Zahl genannt habe. Uns geht es um die Sache, uns geht es nicht um die persönlichen Daten des Finanzministers. Hier geht es um die Mieter, hier geht es um sozialen Wohnungsbau, und das wird von Ihnen missverstanden.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt sage ich Ihnen noch einmal, welche Verantwortung dieser Finanzminister hat. Wir haben im Etat 350 Millionen an Landesmitteln gehabt. Diese sind im letzten Jahr auf 87 Millionen abgeschmolzen worden. Wie sind die kompensiert worden? – Durch Bundesmittel, die insbesondere auf Druck der Sozialdemokraten nach Bayern geflossen sind. Das ist doch die Wahrheit. Diese zwei Faktoren, der sozial geförderte Wohnungsbau und die Mittel, die dafür bereitstehen, zeigen, was für ein Skandal es ist, wie Sie mit den Mieterinnen und Mietern in Bayern, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, umgehen. Das ist die Wahrheit, Herr Kollege Weidenbusch und liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht fahren wir die Emotionen wieder etwas herunter. Sonst bist du, lieber Ernst Weidenbusch, hernach heiser und kannst nicht mehr reden, obwohl du sicher noch ein paar Antworten auf das geben wirst, was ich jetzt gleich sagen werde.

Was die Verantwortung für den Wohnungsbau angeht, bringt es wirklich wenig, wenn sich die SPD und die CSU die Bälle gegenseitig zuspielen. Beide waren mit vierjähriger Unterbrechung seit 2005 in Regierungsverantwortung. Ihr wart vier Jahre lang nicht dabei, dafür war die FDP dabei. Im Freistaat Bayern hat die CSU durchgehend regiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben geliefert! Die SPD hat geliefert!)

Die Verantwortung dafür abschieben zu wollen, ist schwierig. Vorhin wurde Helmut Kohl zitiert. Dazu darf ich an Folgendes erinnern: Als wir in den Neunzigerjahren ebenfalls eine Wohnungsknappheit hatten, hat der Bund mit dem Baugesetzbuch Maßnahmen ergriffen und effektiv reagiert. Damit hat er die Probleme einigermaßen in den Griff bekommen. Ein Ruhmesblatt ist das, was in den letzten Jahren passiert ist, sicher nicht. Wenn das Problem schon auf dem Tisch liegt, sollte man es lösen, statt die Schuld hin- und herzuschieben.

Der eigentliche Anlass dafür, dass ich mich noch einmal zu Wort gemeldet habe, liegt darin, dass ich ein paar Aussagen zur Historie der Landesbank und zu den GBW-Wohnungen richtigstellen will. Es ist schon länger her, das mag sein; als wir aber, lieber Ernst Weidenbusch, damals bei Herrn Dr. Unger in Brüssel waren, war das eine ziemlich demütigende Reise für einen bayerischen Parlamentarier. Er hat uns als Erstes gleich erklärt, dass er mit so etwas Unterwertigem wie einem Landtagsabgeordneten überhaupt nicht zu sprechen bereit sei. Als der Kollege Sauter dann gefragt hat, ob es eine Privatbank besser gemacht hätte als die Landesbank, wollte er das Gespräch abbrechen. Du wirst dich sicherlich noch daran erinnern. Dass über irgendwel-

che Wohnungsbaugesellschaften gesprochen wurde, war nicht im Entferntesten der Fall. Damals, 2009, ging es lediglich darum, ob die BayernLB überhaupt noch eine Chance bekommen darf und ob die 10 Milliarden, die wir am 3. Dezember 2008 hier im Landtag beschlossen haben, von der EU-Kommission als Rettung der Bank überhaupt genehmigt werden. Um diesen Punkt ging es. Über diese Fragen haben wir uns 2009 unterhalten.

Wir haben dann, übrigens auf Vorschlag unserer Fraktion, eine Restructuring Unit, so etwas Ähnliches wie eine Bad Bank, in der BayernLB eingerichtet, an die wir gewisse problematische Teile der Bank abgegeben haben, die wir dann auch abgestoßen haben. Herr Staatsminister Söder, Sie haben angesprochen, dass wir fraktionsübergreifend an diesem Thema gearbeitet haben. Das ist richtig. Manche Vorgänge sind – das will ich überhaupt nicht verhehlen – gut gelaufen. Ich nenne nur die ABS-Papiere in den USA. Manche Vorgänge hätten aus unserer Sicht besser laufen können. Als Beispiel nenne ich die MKB Bank. Es gab aber auch Vorgänge, die schlecht gelaufen sind. Dazu gehört PATRIZIA. Deswegen möchte ich noch ein paar Punkte in Erinnerung rufen.

Es ist nicht richtig, dass wir verpflichtet waren, die Wohnungen an PATRIZIA zu veräußern. Die EU hat lediglich – das hat Almunia 2013 überdeutlich gesagt – verlangt, dass sich die Bilanzsumme in etwa halbiert. Dazu mussten wir gewisse Teile, zum Beispiel auch die LBS, abstoßen. Es wurde aber nie explizit gesagt, dass wir diese Wohnungen verkaufen müssen. Der Verkauf ist schließlich und endlich das eine. Die andere Frage ist aber, wer denn diese Wohnungen erwirbt. Den Verkauf der Wohnungen kann man natürlich steuern, und da geht es nicht unbedingt darum, dass man ausschließlich monetäre Kriterien einbringt. Die Ausschreibung kann man auch in gewissen Grenzen gestalten. Schließlich und endlich hat noch niemand bestritten, dass staatliche oder staatsnahe Institutionen diese Wohnungen hätten erwerben können. Insgesamt ist das alles andere als ein Ruhmesblatt. Kollege Piazzolo hat das Wesentliche gesagt. Das, was zur Landesbank noch zu sagen war, habe ich jetzt gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat noch Herr Kollege Weidenbusch für die CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bernhard, es tut mir echt leid, aber da war nichts dabei, wozu ich etwas sagen müsste.

(Unruhe)

Die Erinnerung an Herrn Dr. Unger ist halt eine unterschiedliche. Du hast ihn damals gefragt, und er hat dir gesagt, eigentlich ist er dafür, dass es ganz verkauft wird; denn von Sparkassen und Landesbanken, davon hält er eh nichts. Und im Nachsatz hat er dann gesagt: Wenn ihr es am Schluss nicht ganz verkaufen müsst, dann halt so viel wie es geht. Da war dann die GBW. Aber, pfeif drauf. Das ist nicht so das Wichtige.

(Lachen bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön!)

– Herr Kollege Halbleib, sensationell. Ich habe jetzt nicht ganz herausgefunden, eifern Sie dem Baron Münchhausen nach oder dem Frank Abagnale. Sind Sie der größere Lügner oder der größere Hochstapler?

(Markus Rinderspacher (SPD): Ejejej! – Unruhe bei der SPD)

Die erste Behauptung von Ihnen, die Ausschreibung sei nicht mieterfreundlich gewesen. Was habe Bayern da gemacht? – Tatsache ist, wir haben mit der EU ausgehandelt, was an Mieterfreundlichkeit möglich war. Darum ist auch die Charta in München besser als die in Baden-Württemberg, weil wir kreativer waren. Erste Unwahrheit.

Zweitens. Das Finanzministerium hat nach Ihrer Behauptung von der Landeshauptstadt München verlangt, dass sie 5 % mehr bezahlt. Unwahr. Zweite Unwahrheit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt es oder nicht?)

– Das stimmt nicht. Die mussten das nicht bezahlen, und das wissen Sie auch.

Drittes Thema: Steuerersparnis. Bereits in der Debatte am 13.10.2016 ist hier zur Antwort gegeben worden, dass die institutionellen Anleger, also die Pensionskassen, die Versicherungen, alle steuerbefreit sind, weshalb es ganz egal ist, ob sie in München kaufen oder in Luxemburg oder sonst wo.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb gibt es doch die Konstruktion!)

Auch das wissen Sie, weil Sie es gelesen haben. Es gibt also keine Steuerersparnis. Dritte Unwahrheit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Weidenbusch, das glauben Sie doch selbst nicht!)

Und viertens: Sie halten immer Ihren Zettel hoch mit den Fördersummen. Sie wissen aber ganz genau, dass Sie hergehen und eine Position nehmen, die aufgespalten wurde. Weshalb Sie dann sagen: Es ist jetzt viel weniger Geld. Und dann kommen Sie von da nach da. Sie müssten die Titelgruppe insgesamt bezeichnen, dann würden Sie sehen, dass es 70 Millionen Euro mehr geworden sind. Und das ist die vierte Unwahrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Und dann komme ich zu dem Ergebnis: Auch wenn Sie von dem Thema nichts verstehen und deshalb nah am Hochstapler sind, Sie sind dem Münchhausen näher.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist eine Beleidigung! Das kann man nicht stehen lassen! Herr Präsident, so geht es nicht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

(Anhaltende Unruhe)